

# Vortrag Dr. Bernd Rother: „90 Jahre Novemberrevolution - Eine sozialistische Revolution in Braunschweig?“ am 9. November 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Carola, lieber Gerd,

vielen Dank für die Einladung und die Begrüßung. Schön wieder in Braunschweig, wieder im Volksfreundsaal zu sein. Dir, liebe Carola, will ich auch noch zur erneuten Nominierung für den Bundestag gratulieren. Viel Erfolg im nächsten Jahr!

Ich freue mich, dass die Braunschweiger SPD sich wieder einmal Ihrer Geschichte erinnert. Vor zwanzig Jahren wurde vom Unterbezirk im Gewerkschaftshaus des siebzigsten Jahrestages der Revolution in Braunschweig gedacht, 1990 folgte die Feier des 125. Gründungstages der SPD hier. Und 2005 erinnerte sich die Partei des 125. Todestages ihres Gründers Wilhelm Bracke.

Heute, am 9. November, jährt sich – wir wissen dies alle – nicht nur die deutsche Revolution des Jahres 1918. Der 9. November ist zum Schicksalstag der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert geworden. Am 9. November 1848 wurde der Robert Blum, Anführer der republikanischen Linken in der gescheiterten 48er-Revolution, hingerichtet. 1938 stürmten Nazihorden Synagogen und setzten sie in Brand, tausende Juden wurden in Konzentrationslager deportiert. Während wir hier zusammensitzen, wird an der Synagoge ein Kranz im Gedenken an diese Untat niedergelegt. Und 1989 fiel die Mauer. Höhen und Tiefen der deutschen Geschichte, zusammengedrängt auf einen Tag, den 9. November.

Nun also zur Novemberrevolution 1918, vor neunzig Jahren. War es eine sozialistische Revolution in Braunschweig? Eine schwierige Frage, die Ihr mir da gestellt habt und die ich akzeptiert habe. Nicht nur, dass ich die Antwort erst am Ende geben werde – wie könnte es anders sein? Auch die Kriterien zur Beantwortung, also die Antwort auf die Frage: Was verstand man damals unter Sozialismus?, werde ich nicht schon jetzt behandeln. Zuerst möchte ich mich den Ursachen der Revolution widmen, im allgemeinen, das heißt im Deutschen Reich, und im besonderen, also in Braunschweig. Denn etwas Besonderes war die Revolution hier schon.

Die Vorgeschichte beginnt im August 1914, mit dem Ersten Weltkrieg. Patriotische Begeisterung ergriff so gut wie alle Völker Europas, fast alle fühlten sich angegriffen und daher im Recht, sich zu verteidigen. Was daran allseits überraschte, war, dass auch die Arbeiterschaft in das Hurra auf das Vaterland einstimmte. Noch wenige Wochen zuvor hatten die Sozialdemokraten und Sozialisten des Kontinents gelobt, jeden Versuch der Herrschenden, einen Krieg zu beginnen, zu unterbinden. Aber sich zu verteidigen, hatte niemand ausgeschlossen.

Auch in Deutschland unterstützten die Sozialdemokraten den Kurs der Regierung. In der Parlamentsfraktion der SPD hatte zwar eine starke Minderheit die Billigung der Kredite, ohne die der Krieg nicht möglich war, abgelehnt, sich dann aber der Parteidisziplin gebeugt. Alle

gingen davon aus, dass der Krieg in wenigen Monaten mit dem Sieg Deutschlands über Frankreich und über Russland beendet sein würde. Diese Fehleinschätzung war ein Keim für die spätere Revolution, für die Novemberrevolution.

Auch in Braunschweig stand die SPD in den ersten Monaten des Krieges auf Seiten der Vaterlandsverteidiger, unterstützte Burgfrieden und Kriegskredite. Dies kam unerwartet, war doch in den Vorkriegsjahren die Parteiorganisation bei allen wichtigen internen Debatten der SPD auf dem linken Flügel zu finden gewesen. Zur Vorherrschaft der Linken hatte sicherlich auch die Erfahrung vor Ort beigetragen. In Braunschweig führten häufiger als im Reichsdurchschnitt Lohnstreitigkeiten zu Streiks, wurde häufiger ausgesperrt, waren Kompromisse zwischen Arbeitern und Unternehmern seltener. Auch im politischen Bereich sah es nicht friedfertiger aus. Obwohl die SPD zwei der drei Reichstagswahlkreise des Herzogtums mit absoluter Mehrheit gewann und 1912 49 % der Wähler im gesamten Kleinstaat für die SPD stimmten, saß im Landesparlament kein einziger Sozialdemokrat. Das berüchtigte preußische Dreiklassenwahlrecht musste aus Braunschweiger Sicht richtig fortschrittlich erscheinen, waren dort doch wenigstens einige wenige SPD-Mitglieder ins Parlament entsandt worden. Die regelmäßigen Wahlrechtsdemonstrationen der Braunschweiger Vorkriegssozialdemokratie endeten ebenso regelmäßig mit Attacken berittener Polizei auf dem Hagenmarkt und auf dem Bohlweg, sobald unerlaubte Parolen gerufen wurden. Die inneren Verhältnisse des Herzogtums waren also gespannt wie kaum sonst irgendwo in Deutschland, und dennoch bekannte sich auch hier die SPD im August 1914 zur Verteidigung des Vaterlandes.

Ende 1914 war klar geworden, dass der Krieg länger dauern werde. Aber weder die Industrie noch die Landwirtschaft waren darauf vorbereitet. Trotz aller Anstrengungen kam es zu immer mehr Engpässen. Zwar konnte die Munitionsversorgung der Front gerade noch sichergestellt werden, wozu 1916 praktisch eine Planwirtschaft in Deutschland eingeführt werden musste. Aber die Lebensmittel reichten bei weitem nicht mehr, zumal von Großbritannien gegen das Deutsche Reich in der Nordsee eine Seeblockade verhängt worden war und somit Einfuhren kaum noch möglich waren. In der zweiten Kriegshälfte starben in Deutschland und im verbündeten Österreich-Ungarn etwa eine Million Zivilisten an Hunger. Auch an der Front wurden die einfachen Soldaten, die Mannschaftsdienstgrade, sehr viel schlechter gepflegt als die Offiziere.

In den Stellungskriegen an der Westfront, vor Verdun und anderenorts, in geringerem Maße an der Ostfront, starben in blutigen Schlachten zwei Millionen deutsche Soldaten, ohne dass ein entscheidender Durchbruch erzielt wurde. Besonders in der Arbeiterschaft wuchs die Kriegsmüdigkeit. In der SPD nahm die Ablehnung des Krieges zu. Hatten 1915 einzelne ihrer Abgeordneten auch im Parlament, nicht mehr nur in der Fraktion, gegen neue Kriegskredite gestimmt (darunter Karl Liebknecht), so wurde 1916 daraus eine kompakte Gruppe von Kriegsgegnern, die bald aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen wurden. 1917 konstituierten sie sich als Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, USPD. Was die „Unabhängigen“ einte, war die Gegnerschaft zum Krieg. Ansonsten versammelten sich dort ganz unterschiedliche politische Strömungen, von der Revolutionärin Rosa Luxemburg bis

zum Revisionisten Eduard Bernstein. Im März/April dieses Jahres 1917 streikten mehrere Hunderttausend Rüstungsarbeiter für bessere Verpflegung, für Demokratie und für einen baldigen Frieden ohne Annektionen. Das Thema Annektionen war eine der zentralen Fragen, die damals in Deutschland debattiert wurden: Sollte man bei dem erhofften und erwarteten Sieg territoriale Forderungen gegenüber anderen Ländern stellen, z.B. die nach den Kohle- und Erzgruben in Nordfrankreich und in Belgien? Konservative Kräfte, der kaiserliche Hof und die Militärführung bejahten dies eindeutig. Die SPD lehnte Annektionen überwiegend ab, unterstützte aber weiterhin den Krieg.

All dies wirkte sich natürlich auch auf Braunschweig aus. Schon Ende des Jahres 1914 begann das örtliche Parteiblatt, der täglich erscheinende „Volksfreund“ – er wurde bekanntlich hier im Hause produziert –, den Krieg zu kritisieren. 1915 schlossen sich zahlreiche Braunschweiger Sozialdemokraten einem reichsweiten Protest gegen die Burgfriedenspolitik des Parteivorstandes in Berlin an. Höhepunkt der Proteste gegen den Krieg war im Mai 1916 ein Streik der Braunschweiger Arbeiterjugend, der den großen Einfluss des Spartakus, an dessen Spitze Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht standen, vor Ort zeigte. Was unter den Bedingungen des Krieges äußerst selten war: der Streik konnte erfolgreich zu Ende geführt werden.

Die politisch motivierte Arbeitsniederlegung festigte den Zusammenhalt im so genannten Braunschweiger „Revolutionsclub“. Das war natürlich kein offiziell eingetragener Verein, sondern eine im Verborgenen tagende Zusammenkunft führender Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Sprechern der Spartakus-nahen Arbeiterjugend und Vertretern von Belegschaften, insgesamt etwa 15 Personen. Hier liefen die Fäden der Braunschweiger Arbeiterbewegung bis 1918 zusammen. Und hier wurde wohl auch entschieden, die innerparteiliche Opposition zu unterstützen, die sich im April 1917 in Gotha als USPD konstituierte.

Blieb die neue Partei auf Reichsebene gegenüber der alten SPD, die nun Mehrheitssozialdemokratie oder MSPD genannt wurde, in der Minderheit, so schlossen sich ihr in Braunschweig – in der Stadt, wohl gemerkt – 90 % der Mitglieder, darunter auch fast alle Gewerkschaftsvorsitzenden, an. Nur die Parteizeitung, den „Volksfreund“, konnte die Minderheit der MSPD'ler, an deren Spitze Heinrich Jasper stand, retten – zur Erbitterung der Parteimehrheit vor Ort.

Kehren wir zurück zum Kriegsverlauf. Obwohl die Vereinigten Staaten 1917 an der Seite Großbritanniens und Frankreichs in den Krieg gegen die so genannten Mittelmächte eintraten, also gegen Deutschland und Österreich-Ungarn, hoffte die Reichsregierung in Berlin weiter auf einen Sieg der deutschen Waffen. Diese Erwartung wurde genährt durch die Februarrevolution 1917 in Russland, die die Alleinherrschaft des Zaren beendete. Zwar setzte die neue Regierung den Krieg fort, aber durch Desertionen und die offene Antikriegspropaganda linker Parteien sank die Kampfkraft der russischen Armee. Als die Bolschewiki am 7. November 1917 die Macht in St. Petersburg errangen, war der Austritt Russlands aus dem Krieg nur noch eine Frage der Zeit. Deutschland, so hoffte die Oberste

Heeresleitung unter Hindenburg, könne sich bald mit voller Kraft der Westfront zuwenden.

Aber trotz des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Sowjetrußland im Frühjahr 1918, in dem Berlin härteste Bedingungen diktierte, scheiterten deutsche Offensiven an der Westfront im Frühjahr und Sommer 1918. Immer noch standen die Fronten in Nordfrankreich und Belgien fast so wie Ende 1914. Im August 1918 musste die deutsche Armee in einer Panzerschlacht eine schwere Niederlage einstecken. Immer stärker machte sich der Kriegseintritt der USA zugunsten der Alliierten bemerkbar. Nun vollzog die deutsche Oberste Heeresleitung unter Hindenburg eine abrupte Kehrtwende und forderte die Regierung auf, umgehend den Waffenstillstand herbeizuführen. Und plötzlich traten auch diese Konservativen für politische Reformen ein. Bisher nämlich gab es zwar das gleiche Wahlrecht für alle Männer (nicht für Frauen) über 25 Jahren bei den Reichstagswahlen, aber im allergrößten deutschen Teilstaat Preußen war das Stimmrecht immer noch nach dem Vermögen gestaffelt. Aber auch die im Prinzip für Männer demokratischen Reichstagswahlen hatten ihren Haken: Die Regierung wurde nicht vom Parlament gewählt, sondern vom Kaiser bestimmt. Nur über den Weg der Bewilligung oder Verweigerung von Geldern und über Gesetze konnte der Reichstag Einfluss auf die Politik der Reichsregierung ausüben.

Erst jetzt, als der Krieg verloren war, waren die herrschenden Kreise in Berlin bereit, die Verfassung des Reiches zu demokratisieren. Im Oktober 1918 erhielt der Reichstag das Recht, die Regierung zu bestimmen und über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts wurde in Aussicht gestellt. Nun aber war es zu spät. Zwar begrüßten SPD, das Zentrum, Partei der Katholiken in Deutschland, und die Linksliberalen die Reformen und traten auch in eine neue Regierung ein. Die Unzufriedenheit gerade in der Industriearbeiterschaft mit der anhaltend schlechten Versorgungslage und mit den als zu zaghaft empfundenen politischen Reformen aber blieb. Übrigens kam ab Mitte 1918 noch ein weiterer Faktor hinzu, der auf die Stimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung drückte: die sogenannte Spanische Grippe, der weltweit von 1918-1920 zwischen 25 und 50 Millionen Menschen zum Opfer fielen und die damit mit der Wirkung der Pest im Hochmittelalter vergleichbar ist. In Deutschland, wo der Höhepunkt der Krankheit im Sommer 1918 lag, starben etwa 300.000 Menschen.

Man kann die Lage in Deutschland im Oktober 1918 durchaus als verzweifelt bezeichnen. Militärisch war man in einer aussichtslosen Lage, ohne aber bereits zu einem Kompromiss mit den Kriegsgegnern gefunden zu haben, das Volk fürchtete sich vor einem weiteren Kriegswinter, in dem Kohlsuppe und Ersatzstoffe die Ernährungsbasis für weiteste Kreise sein würden, in dem auch Brennstoffe für die Heizung knapp sein würden, und politisch war die Monarchie am Ende. Es war die typische vorrevolutionäre Situation, die Lenin mit den treffenden Worten beschrieben hat: Die da oben können nicht mehr weiter wie bisher und die da unten wollen nicht mehr weiter wie bisher.

Der Funke, der dieses Pulverfass Anfang November zur Explosion brachte, der die Revolution entfachte, entsprang den Zündeleien der Marineleitung. Obwohl die Oberste Heeresleitung den Krieg bereits für verloren gegeben hatte, wollten die deutschen Admiräle eine letzte

Entscheidungsschlacht gegen die britische Flotte wagen. Entweder würde man siegen oder jedenfalls ehrenhaft in die Niederlage gehen. Die meisten Matrosen der deutschen Hochseeflotte waren aber nicht mehr bereit, für eine verlorene Sache zu sterben. Nach einer ersten Revolte in Wilhelmshaven kam es in Kiel zur entscheidenden Aktion. Am 4. November 1918 befand sich die Stadt unter der Kontrolle der Matrosen, die sich mit den Arbeitern verbündet hatten. Im schnell gebildeten Arbeiter- und Soldatenrat dominierten die beiden sozialdemokratischen Parteien. Bürgerliche waren nicht vertreten, wie wir uns überhaupt klar machen müssen, dass damals – und dies gilt bis 1933 – es noch keine wirklichen Volksparteien gab, die klassenübergreifend vom Arbeiter bis zum Unternehmer Mitglieder gehabt hätten – mit der Ausnahme des katholischen Zentrums. Ein Bürgerlicher, der der SPD oder gar der USPD angehörte, galt als Klassenverräter – dennoch hat es vereinzelt solche Fälle gegeben, zum Beispiel Heinrich Jasper

Was forderte der neue Arbeiter- und Soldatenrat? Die 14 Kieler Punkte, die zum Vorbild für viele spätere Räte wurden, zeigen deutlich, dass sie aus einer Aktion von Soldaten hervorgegangen waren. Sieben der vierzehn Punkte betrafen alltägliche Fragen des Militärlebens: So sollten die Mannschaftsdienstgrade künftig von ihren Vorgesetzten „sachgemäß“, also nicht willkürlich behandelt werden. Außerhalb des Dienstes dürfe es keine Vorgesetzten mehr geben, ein Offizier durfte also einem auf Ausgang oder Urlaub befindlichen Untergebenen keine Befehle mehr erteilen. Und ganz wichtig: Offiziere, die sich der Bewegung der Aufständischen nicht anschließen wollten – und das waren fast alle Offiziere – sollten ohne Versorgungsanspruch den Dienst quittieren. Einerseits zielte dies auf eine neue Armee im Dienste der Revolution, gesäubert von den Anhängern der alten Ordnung. Andererseits aber schuf man durch die Verweigerung der Versorgung ein Heer militärisch gut ausgebildeter Gegner der Revolution, die nun nicht nur aus politischen, sondern auch aus materiellen Gründen am Erfolg einer Gegenrevolution interessiert sein mussten. Um so überraschender ist, dass es während der eigentlichen Novemberrevolution, also etwa vom 4. bis zum 14. November 1918, praktisch zu keinen militärischen Aktionen gegen die Aufständischen kam – ein klares Zeichen, wie morsch die alte Ordnung gewesen war.

Die politischen Forderungen der Kieler 14 Punkte zeigten, dass es noch nicht um einen Sturz der ganzen Ordnung ging: Freilassung der politischen Gefangenen, Rede- und Pressefreiheit, Aufhebung der Briefzensur, kein Kriegseinsatz der Flotte mehr, all dies wäre auch in einer Monarchie möglich gewesen. Streng genommen forderten die Kieler Soldaten und Arbeiter eine Reform, keine Revolution. Aber es gibt Situationen, in denen kleine Forderungen, örtliche Aktionen eine Dynamik in Gang setzen, die eine Revolution auslösen. Man denke nur an Günter Schabowskis lapidare Mitteilung zum neuen Reisegesetz der DDR am frühen Abend des 9. November 1989, also heute genau vor 19 Jahren. 1918 war alleine schon die erfolgreiche Befehlsverweigerung, die die sinnlose Seeschlacht verhindert hatte, solch ein unerhörter Akt, den man nur als revolutionär richtig charakterisiert.

Nun dehnte sich die Revolution rasch in die norddeutsche Nachbarschaft aus, man könnte beinahe sagen, im Regionalzugtempo. Denn was taten die siegreichen Kieler Arbeiter und

Soldaten, um nicht isoliert zu bleiben und damit der Gegenseite die Chance zur Niederschlagung der Revolte zu geben? Sie sandten Delegationen per Bahn in die umliegenden Städte aus und forderten die dortigen Soldaten und Arbeiter auf, sich ebenfalls zu erheben.

Von der Aktion der Matrosen in Kiel wurde die Braunschweiger sozialdemokratische Arbeiterbewegung, also die USPD, völlig überrascht. Man hatte den Blick stets auf Berlin gerichtet und von dort das Signal zum Losschlagen erwartet. Nun aber trafen am 7. November Matrosen aus den Küstenstädten in Braunschweig ein und nahmen Kontakt mit den heimischen Arbeitern und Soldaten auf. Am Abend des 7. November, einem Donnerstag, formierte sich eine spontane Demonstration von Matrosen, Soldaten aus der Garnison und jugendlichen Arbeitern, die überwiegend dem Spartakus –also der späteren KPD – nahestanden. Ehm Welk, manchem als Autor der „Heiden von Kummerow“ bekannt, von 1910-1920 als Journalist bei liberalen Braunschweiger Blättern tätig, hat in seinem Roman „Im Morgennebel“ eine plastische, wenn auch manchmal literarisch ausgeschmückte Schilderung der Ereignisse gegeben. Immer mehr Menschen schlossen sich dem Demonstrationszug an, ohne dass ein klares Programm ausgegeben worden wäre. Einig waren sie sich in dem Wunsch, mit den bisherigen Zuständen Schluss zu machen. Vier Jahre Krieg, Hunger und politische Unterdrückung hatten den Willen zur Änderung der Verhältnisse übermächtig werden lassen.

Polizei, Gefängnis und Bahnhof wurden militärisch besetzt, ohne dass die alten Mächte dagegen auftraten. Die Monarchie brach, in Braunschweig wie fast überall in Deutschland, so widerstandslos zusammen wie die SED-Diktatur 71 Jahre später im November 1989. Befanden sich dort die kommunistischen Kader im Stadium der Lähmung, so waren es 1918 Adel und konservatives Bürgertum.

Nach der Initiative der Matrosen und Soldaten wurden in der Nacht zum 8. November die Arbeiter, besonders die Führer der Spartakusgruppe, aktiv, während von nun an die Revolutionäre aus den Kasernen in den Hintergrund traten. Einen Tag später, am 9. November, schließlich traten auch die traditionellen Führer der Braunschweiger Arbeiterbewegung, die Spitzen von USPD und Gewerkschaften, wieder in Erscheinung. Da aber war die Revolution schon vollzogen: Ein vom Spartakus dominierter Arbeiter- und Soldatenrat hatte sich gebildet, der Herzog wurde von einer Delegation der Aufständischen mit August Merges an der Spitze zum Rücktritt gezwungen – nicht mit Waffengewalt, sondern unter Hinweis darauf, dass ihm keine Truppen mehr zur Verfügung standen – und schließlich wurde eine Regierung der Sozialistischen Republik Braunschweig gebildet.

August Merges wurde Präsident der Sozialistischen Republik, Sepp Oerter von der USPD übernahm das Ressort Finanzen und Inneres, mit der Spartakistin Minna Faßhauer als Volkskommissarin für Volksbildung gehörte erstmals in der deutschen Geschichte eine Frau einer Exekutive an.

August Merges, Sepp Oerter und Heinrich Jasper sollten in den nächsten Monaten die

zentralen Figuren der Braunschweiger Politik sein. Daher lohnt es sich, diese drei kurz vorzustellen. August Merges, der bucklige Schneider aus einem heutigen Stadtteil von Saarbrücken, war schon vor dem Krieg aufgrund seiner rhetorischen Begabung einer der führenden Köpfe der Braunschweiger SPD gewesen und schloss sich 1917 der USPD an, wo er auf dem linken Flügel stand. Zugleich war er Mitglied des Spartakus und gehörte Ende 1918 zu den Gründern der KPD. Sepp Oerter, gebürtiger Bayer, Buchbinder von Beruf, war bis 1910 Anarchist gewesen, weswegen er mehrfach im Zuchthaus gesessen hatte, und schloss sich dann der SPD an. Auch er ging 1917 zur USPD. In Braunschweig war er Redakteur der Parteizeitung, zudem ebenfalls als großer Redner und auch als gewiefter Taktiker die führende Gestalt der USPD in der Landeshauptstadt. Heinrich Jasper schließlich war als Sohn eines Großbauern und promovierter Jurist für die damalige SPD völlig ungewöhnlich. Als einziger der drei hier Genannten blieb er bei der Parteisplaltung der MSPD treu. Aufgrund seiner juristischen Kenntnisse war er viel stärker als Merges und Oerter auf die Leitung eines Staatsapparates vorbereitet.

Gerade der Mangel an Vorbereitung, sowohl hinsichtlich praktischer Verwaltungskompetenzen, aber auch bei grundsätzlichen Zielvorstellungen, zeigte sich bald als eines der größten Hindernisse für die Revolution, in Braunschweig wie im Reich, nur unterschieden sich die Streitpunkte. Während die MSPD-Regierung in Berlin unter Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann aus Angst vor einer bolschewistischen Revolution das Bündnis mit den monarchistischen Armeeführern Hindenburg und Groener suchte, wollten die Braunschweiger Revolutionäre durchaus schnellstmöglich den Sozialismus. Nur: Was bedeutete dies? Im Aufruf des Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrates vom 8. November hieß es: „Sozialistische Republik, Diktatur des Proletariats! Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden!“ Noch vager, dafür in überraschender Offenheit bezüglich der eigenen Ratlosigkeit, äußerten sich die Revolutionäre tags darauf im „Volksfreund“: „Gewaltige Aufgaben stehen dem deutschen Volke bevor. Wie die Riesenarbeit und die Riesenopfer zu bewältigen und zu überwinden sein werden, kann erst die angestrengte Arbeit in der Zukunft lehren.“ Und auch nach der Bildung der Regierung sah es nicht viel konkreter aus. Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

- Braunschweig wurde endgültig Republik,
- Die herzoglichen Güter wurden Eigentum des Staates,
- Ein Landesparlament sollte in allgemeinen Wahlen bestimmt werden.

Sozialistisch im landläufigen Sinne war das nicht, das war die Beseitigung von monarchischen Vorrechten und eine Demokratisierung. Und letztere, die Parlamentarisierung des Landes, barg eine Unklarheit: Wie sollten die Rechte von Landesparlament und Arbeiter- und Soldatenrat abgegrenzt werden, wer sollte entscheiden, wenn sie nicht übereinstimmten? Das war nicht nur ein verfassungstheoretisches Problem, sondern wurde in den nächsten Wochen und Monaten zum zentralen Streitpunkt zwischen Gemäßigten und Radikalen, mit MSPD und Spartakus auf den Extremen und einer USPD in der Mitte, die es innerlich zerriss.

Die Entscheidung fiel schließlich auch in Braunschweig zugunsten des parlamentarischen

Weges, und nicht nur aufgrund des Drucks aus Berlin. Dass dies so enden würde, bahnte sich schon an, als gerade das linksradikal regierte Braunschweig die ersten allgemeinen Wahlen überhaupt nach der Novemberrevolution ausschrieb. Schon am 22. Dezember 1918 wurde das neue Parlament bestimmt und zur großen Überraschung aller und zur Enttäuschung der USPD wurde nicht sie stärkste Partei, sondern die MSPD. Beide zusammen verfügten über eine knappe Mehrheit gegenüber den beiden bürgerlichen Listen, aber ob daraus auch tatsächlich eine Koalition entstehen würde, stand in den Sternen. Womit die Revolutionäre in der Landeshauptstadt nicht gerechnet hatten, war, dass auf dem Lande und in den Kleinstädten die Arbeiterschaft bei weitem nicht so radikal gestimmt war wie in der Großstadt.

Noch aber lag die Macht beim Arbeiter- und Soldatenrat. Was würde er mit seiner Autorität anfangen? Ganz allgemein erklärte er, es müsse eine sozialistische Wirtschaftsordnung aufgebaut werden. Schöne Worte, aber wie? Eine Antwort darauf kam nicht. Die konkreten Anordnungen der ersten 14 Tage nach der Revolution betrafen die Bildung einer „Roten Garde“, die dann in „Volkswehr“ umgetauft wurde, was weniger furchterregend klang, in der Schaffung von Standgerichten, der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, also der Kontrolle der Schulen durch die Kirche, und in einer weitgehenden Amnestie. Den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten wurde ein Vetorecht gegen die Kommunalverwaltungen eingeräumt. Aber die bisherigen Landräte (in Braunschweig hießen sie Kreisdirektoren) und die bisherigen Bürgermeister blieben im Amt. Nur den Braunschweiger Polizeipräsidenten ersetzten die Revolutionäre durch ein USPD-Mitglied, das aber sich schnell von der Aufgabe überfordert zeigte. Allenthalben fehlte es an Fachleuten aus der Arbeiterbewegung, die in der Lage gewesen wären, den Staats- und Kommunalapparat zu übernehmen.

Und die MSPD? Wie erwähnt, war sie eine verschwindende Minderheit innerhalb der Arbeiterschaft der Landeshauptstadt. Sie stand und fiel mit Heinrich Jasper, und der war bis zur Revolution nicht in Braunschweig, sondern zum Kriegsdienst einberufen - übrigens ein Zeichen unter vielen für die völlige politische Unvernunft der regierenden Braunschweiger Monarchie und ihrer bürgerlichen Anhänger, hätten sie doch ein größtes Interesse haben müssen, den Einfluss des radikalen Flügels der Sozialdemokratie durch die Anwesenheit Jaspers in Braunschweig zu verringern.

Seinen ersten öffentlichen Auftritt nach der Revolution hatte Jasper am 18. November. Unmissverständlich forderte er die sofortige Wahl der Nationalversammlung und ein Ende der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Umstritten war in der MSPD, ob man mit den Unabhängigen nun eine Koalition versuchen sollte wie in Berlin. In vielen Orten des kleinen Landes fand das Streben nach Einigung Unterstützung. Die Spaltung der Partei, die in der Hauptstadt schon fast zwei Jahre alt war, war dort oft noch gar nicht vollzogen worden. Zu den Kommunalwahlen am 15. Dezember 1918 traten in vielen Gemeinden gemeinsame Listen an.

Eine Einigung von USPD und MSPD scheiterte vorerst, d.h. im Dezember und Januar 1918/19, an unüberbrückbaren Positionen zur Macht der Arbeiter- und Soldatenräte und zur

Sozialisierung der Wirtschaft. Denn nun hatte Sepp Oerter, der einzige konzeptionell denkende Kopf in der Braunschweiger USPD, einen Plan zur Sozialisierung vorgelegt. In den Betrieben sollten als erster Schritt Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gebildet werden, die die Unternehmen kontrollieren sollten. Im Januar wollte Oerter dies anlässlich eines Lohnstreiks in einigen Fabriken der Hauptstadt in die Tat umsetzen, aber nur bei der Eisenbahnsignalbauanstalt Jüdel (heute Siemens) sprachen die Arbeiter darauf an. Überall sonst ging es ihnen um höhere Löhne, Abschaffung des Akkordsystems und eine bessere Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen, damit die Produktion aufrecht erhalten werden konnte. Enttäuscht ließ Oerter seinen Vorschlag wieder in der Versenkung verschwinden. Im Februar 1919 widmete sich der Arbeiter- und Soldatenrat noch einmal dem Thema und verabschiedete ein Gesetz, das nur noch Mitbestimmungsrechte vorsah, nicht mehr die völlige Kontrolle der Betriebe durch die Belegschaften. In Kraft trat das Gesetz aber nie, weil – man höre und staune – bei der Verkündung vergessen worden war, die Unterschriften mit abzudrucken.

Viel interessierter waren die Braunschweiger Revolutionäre an den Debatten um die Abgrenzung von Räten und Parlament und an den Vorgängen in Berlin. Als dort Anfang Januar 1919 der Spartakusaufstand gegen die Regierung Ebert niedergeschlagen wurde und am 15. Januar Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden, kam es zu großen Proteststreiks der Arbeiterschaft und die Gräben zwischen USPD und MSPD wurden noch tiefer.

In der Debatte um Räte versus Nationalversammlung bzw. Landesparlament kam es nur langsam, aber dann doch zu einer Annäherung beider Parteien, die im Kern hieß, dass die USPD den Vorrang der Parlamentarier über die Räte akzeptierte. Die Landtagswahlen, in denen wie erwähnt die MSPD vor der USPD lag und die beiden linken Parteien zusammen nur eine knappe Mehrheit beschert hatten, beförderten die Einsicht auf dem linken Flügel. Parallel zur Annäherung von Unabhängigen und Mehrheitlern, von Jasper und Oerter, wandten sich die linksradikalen Spartakisten, wandte sich August Merges, immer stärker von der USPD ab. Die Vorgänge in Berlin radikalisierten Teile der Braunschweiger Arbeiterschaft weiter, so dass die Spartakisten keine Rufer in der Wüste waren. Bei den Büssing-Werken ging die Belegschaft so weit, dass sie keine Mehrheitssozialdemokraten als Kollegen mehr duldeten wollte. Beinahe wäre es den Spartakisten gelungen, die örtliche USPD zu übernehmen und in die KPD herüberzuziehen, so wie 1916/17 der linke Flügel die SPD Braunschweigs in die neue USPD herüberziehen konnte.

Der Schwenk der USPD zum Bündnis mit der MSPD kam endgültig zum Durchbruch, nachdem die Reichsregierung die Bremer Räterepublik Anfang Februar 1919 durch Freikorps hatte auflösen lassen. Braunschweig, so erkannte Oerter, konnte diesem Schicksal nur entgehen, wenn das Bündnis mit dem Spartakus durch ein Zusammengehen mit der Mehrheitssozialdemokratie ersetzt wurde. Am 10. Februar 1919 trat erstmals der neue Landtag zusammen. Schon fünf Tage später hatte man sich auf die Regierungsbildung geeinigt: vier Minister beider Parteien waren vorgesehen. Für den Fall eines Konfliktes zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und dem Landtag sollte, so verständigte man sich,

eine Volksabstimmung stattfinden.

Einen Ministerpräsidenten benannte man nicht, wie man auch zuvor zwar mit August Merges über einen Präsidenten verfügt hatte, aber keinen Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten. Braunschweig war nun das einzige Land des Deutschen Reiches, in dem die USPD noch an der Regierung beteiligt war; in Berlin war die Koalition schon Ende Dezember zerbrochen. Aber die Hoffnung, auf diesem Wege eine militärische Intervention des Reiches vermeiden zu können, zerschlug sich, weil die Spartakisten nicht mitspielten. In einer konfusen Aktion versuchten die spartakistischen Arbeiter Anfang März 1919, die Räterepublik Braunschweig zu gründen. Anfang April 1919 wiederholten sie den Versuch einer zweiten Revolution, nun deutlich koordinierter. Nach anfänglichen Erfolgen versandete auch dieser Anlauf. Dazu trug bei, dass das Bürgertum in einer ganz ungewöhnlichen Reaktion in den Gegenstreik trat. Die Reichsregierung verlor die Geduld mit dem Unruheherd Braunschweig. Am 17. April 1919 marschierten Freikorpsstruppen unter General Maercker ein, ohne auf militärischen Widerstand zu stoßen. Zu ihrer Überraschung aber war die politische Gegenwehr um so heftiger. Nicht nur die USPD protestierte gegen die Besetzung Braunschweigs und die Absetzung der Landesregierung, sondern auch die MSPD. Und gegen die Verhaftung von Sepp Oerter legten sogar die bürgerlichen Parlamentarier Widerspruch ein, denn Oerter stand unter dem Schutz der Abgeordnetenimmunität. Der Versuch des Freikorpsgenerals Maercker, eine neue Regierung ohne die USPD zu bilden, scheiterte. Es kam zu einer Neuauflage der Koalition MSPD/USPD, mit der einzigen – aber nicht unbedeutenden – Veränderung, dass es nun einen Ministerpräsidenten gab und dieser Heinrich Jasper hieß. Dennoch war dies der Umschwung, der den revolutionären Prozess, der am 7. November 1918 begonnen hatte, in Braunschweig zum Ende führte.

Und was wurde nun in den folgenden Jahren aus den drei führenden Köpfen der Revolution, aus August Merges, Sepp Oerter und Heinrich Jasper? Merges brach bereits 1920 mit der KPD, weil er ihr eine zu enge Orientierung an Sowjetrußland und übermäßig zentralistische Strukturen vorwarf. Nun gründete er die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, die für wenige Monate die KPD in den Hintergrund drängen konnte. Beim Gründungskongress der Kommunistischen Internationale in Moskau vertrat Merges die KAPD. Bald zerfiel die Partei aber wieder und Merges führte als Anarcho-Syndikalist ein belächeltes Schattendasein in der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Gegen die Nazis organisierte er Widerstand, kam ins KZ und starb 1945 kurz vor Kriegsende an den Folgen der Misshandlungen.

Sepp Oerter machte seinem Ruf, eine schillernde Persönlichkeit zu sein, alle Ehre. 1920/21 stand er erneut an der Spitze der Landesregierung, nachdem die USPD die Wahlen gewonnen hatte. Ende 1921 stürzte er über eine Korruptionsaffäre, wurde – unter anderem auf Betreiben von Otto Grotewohl – aus der Partei ausgeschlossen und trat 1924 der NSDAP bei. 1928 starb er.

Dr. Heinrich Jasper war 1919/20, 1922-1924 und 1927-1930 Ministerpräsident des Freistaates Braunschweig. Bald war er der überragende Kopf seiner Partei, Braunschweigs bedeutendster Politiker der Weimarer Republik. Den Nazis war er besonders verhasst. Von

1933-1939 wurde er im Konzentrationslager festgehalten, 1944 erneut verhaftet und 1945 ist er unter elendigen Bedingungen, fast 70 Jahre alt, im KZ Bergen-Belsen gestorben.

Jasper und Merges standen zu ihrer Überzeugung, bezahlten dafür mit ihrem Leben. Aber ansonsten konnten sie nicht unterschiedlicher sein. Hier der nur dem proletarischen Klasseninteresse (wie er es verstand) und seiner Gesinnung verpflichtete August Merges, dort Heinrich Jasper, der das Gemeinwohl (auch in seinem Fall natürlich: wie er es verstand) im Zweifelsfall über die Parteiprogrammatik stellte, aber in Grundfragen der Demokratie nie zu Konzessionen bereit war. Folgt man den Kategorien des großen Sozialwissenschaftlers Max Weber (übrigens 1920 auch ein Opfer der erwähnten Spanischen Grippe), dann war Jasper der Verantwortungsethiker und August Merges der Gesinnungsethiker. Sepp Oerter hingegen war weder das Eine noch das Andere. Bei ihm von Ethik, von Moral zu sprechen, fällt schwer, wenn man seinen weiteren Weg betrachtet. Er war ein begnadeter Demagoge, heute würde man Populist sagen. Aber am Ende manövrierte er sich selbst ins Abseits und ist aus guten Gründen heute weitgehend vergessen.

Und was war nun die Braunschweiger Novemberrevolution: Eine sozialistische Revolution? Also: Was hatte die Revolution in Braunschweig gebracht? Im Grunde nicht mehr und nicht weniger als im Reich. Das Wahlrecht war nachhaltig demokratisiert worden, der Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich war Anfang Dezember eingeführt worden. Hinzu kam als Braunschweiger Besonderheit die frühe Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht. In der Staatsbürokratie hingegen hatte sich personell so gut wie nichts geändert – wie im Reich. Was die politischen Kräfteverhältnisse angeht, gab es innerhalb der Arbeiterschaft in Braunschweig sogar, anders als im Reich, während der Revolutionsmonate einen Zug weg vom Radikalismus. Die KPD Braunschweig ging erheblich geschwächt aus der Revolution hervor. Hatte sie Anfang November 1918, noch als Spartakus-Gruppe, die Meinungsführerschaft in der Arbeiterschaft besessen, hatte sie in der Zwischenzeit aufgrund ihrer konfuse und abenteuerlichen Vorgehensweise jeglichen politischen Kredit verloren. Das galt auch für August Merges. Die USPD hatte die Dominanz in der Arbeiterschaft im November 1918 wieder erringen können und beherrschte lange Zeit durch Sepp Oerter die politische Szene. Je mehr sich aber das Zentrum der Entscheidungen in den Landtag verlagerte, desto bedeutender wurde die MSPD und deren politischer Kopf Heinrich Jasper. In der Industriearbeiterschaft der großen Betriebe blieb die MSPD zwar weiterhin schwach, aber in der allgemeinen Wählerschaft und bei den Arbeitern außerhalb der Hauptstadt hatte sie im Dezember 1918 obsiegt.

Und was war mit dem Sozialismus, mit der „sozialistischen Revolution“? Messen wir die Ergebnisse am „Erfurter Programm“ der SPD von 1891, 1918 immer noch gültig und bis heute – neben dem Godesberger Programm – das berühmteste Manifest der Sozialdemokratie. Eines auch, das wirklich weit bekannt war, unter anderem deswegen, weil es ganze zwei Seiten lang war. Das Bild des sozialistischen „Zukunftsstaates“ in der Arbeiterschaft und darüber hinaus wurde von diesem Erfurter Programm geprägt.

Ganz allgemein definierte es den Sozialismus als die Verwandlung des kapitalistischen

Privateigentumes an den Produktionsmitteln – an den Fabriken also – in gesellschaftliches Eigentum und als den Übergang zur sozialistischen Warenproduktion. Um dieses Ziel, das nicht näher beschrieben wurde, zu erreichen, müsse die Arbeiterklasse die politische Macht erringen. Die wichtigsten kurzfristigen Ziele der SPD waren das gleiche Wahlrecht für alle über 20 (also keine Diktatur des Proletariats, in der nur Arbeiter Wahlrecht hätten), der Achtsturentag und die Schaffung einer Volkswehr.

Vergleicht man dies nun mit der Novemberrevolution, dann versteht man vielleicht, warum die große Masse der deutschen Arbeiterschaft der SPD weiterhin folgte, obwohl damals schon und besonders später in der Rückschau scharfe Kritik von links und (heute) von Historikern an zu vorsichtigen Reformen geäußert wurde, an einer zu engen Kooperation mit den traditionellen Kräften, besonders mit der alten Armeeführung. Nachdem die Sozialdemokratie über Jahrzehnte hinweg gegen das ungleiche Klassenwahlrecht in Preußen und in anderen Reichsländern sowie in so gut wie allen Kommunen angerannt war, konnte es eigentlich niemanden überraschen, dass die Anhängerschaft der Sozialdemokratie, von USPD und MSPD, dieses Ziel auch wirklich ernst nahm. Im Erfurter Programm hieß es: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“ Genau dies erfüllte der Vorschlag, eine Nationalversammlung zu wählen, während die Anhänger des Rätegedankens eine neue Klassenherrschaft wollten, entgegen der Propaganda der Vorkriegssozialdemokratie.

Der Achtsturentag und das Frauenwahlrecht, weitere wichtige Punkte des Erfurter Programms, kamen ebenfalls mit der Revolution. Die Sozialisierung der Produktionsmittel, also der Übergang zum Sozialismus, unterblieb, und es unterblieb, was wohl viel bedeutender war, die Demokratisierung des Staatsapparates. SPD und die USPD ebenso waren völlig unvorbereitet auf die Übernahme der Regierungsverantwortung. Man verfügte über einige wenige grundsätzliche Forderungen wie beim Wahlrecht, hatte große Visionen, aber keine Vorstellung von den praktischen Schritten nach der Machtübernahme, und man hatte keine Fachleute. Theorie und Praxis fielen 1918 in der deutschen Sozialdemokratie so weit auseinander wie in kaum einer anderen linken Partei Europas dieser Zeit.

Und dennoch war die Novemberrevolution ein entscheidender Schritt zur Demokratisierung des Landes, war sie unabdingbar zur Beendigung des Krieges (denn ohne den Sturz des Kaisers waren die Alliierten nicht zum Frieden bereit) und zeigte der Arbeiterschaft, dass gesellschaftliches Engagement für Veränderung erfolgreich sein konnte. Bis 1918 waren Revolutionen in Deutschland immer gescheitert, insbesondere die von 1848. Unsere heutige Demokratie wäre ohne die geglückte Erhebung des November 1918 nicht möglich. Sie gehört zur demokratischen Tradition Deutschlands. Braunschweigs Arbeiterbewegung hatte einen bedeutenden Anteil daran.